

Aufruf zur indigenen, sozialen und gesellschaftlichen Minga (kollektives Handeln) für das Leben, das Territorium, die Autonomie und die Souveränität

Der *Congreso de los Pueblos* ruft zur Teilnahme an der *indigenen, sozialen und gesellschaftlichen Minga für das Leben, das Territorium, die Autonomie und die Souveränität* auf und beteiligt sich selbst an ihr. Auf diese Weise wird eine Kontinuität im Anschluss an die Proteste des landesweiten Agrarstreiks (*Paro Nacional Agrario*) geschaffen. Die *Minga* beginnt am 14. Oktober, erstreckt sich über das ganze Land und gemeinsam mit der *Woche der Entrüstung* (*semana de indignación*), den Mobilisierungen der Studierenden und Gewerkschafter_innen versucht sie die Forderungen der kolumbianischen Bevölkerung gegenüber dem Staat zu stärken.

Wir wollen daran erinnern, dass im Rahmen des Agrarstreiks, der *Congreso de los Pueblos* und der landesweite Bauerndachverband CNA (*Coordinador Nacional Agrario*) einen Forderungskatalog mit den folgenden Punkten ausgearbeitet haben:

1. **Politische Anerkennung für die Bauern und Bäuerinnen, wie auch für die afrokolumbianische und indigene Bevölkerung.** Obwohl sich die Regierung demokratisch nennt zwingt sie den Gemeinden ihren Entwicklungsplan auf und zerstört das Leben der Gemeinden mit Mega-Projekten die unsere Visionen und Organisationsformen verletzen.
2. **Land für diejenigen die es bestellen und schützen.** Wir Agrargemeinden fordern Land ein, um unsere eigene autonome agrarwirtschaftliche Produktion durchführen zu können. Länder und Territorien sind von der Bevölkerung.
3. **Petroleum für ein würdiges Leben.** Das Petroleum darf nicht weiterhin für die Transnationalen Unternehmen und die korrupten Politiker_innen sein, während die Bevölkerung keine Energieversorgung zum Leben hat.
4. **Bergbau für ein gutes Leben.** Der Abbau von Mineralien wurde den Transnationalen Firmen überlassen die die Natur ausbeuten und zerstören. Auf diese Weise hinterlassen sie ausschließlich Misere für die Arbeiter_innen und Gemeinden.
5. **Eigenständig vereinbarter Ersatz illegalisierter Anbaupflanzen.** Mit einer doppelten Moral hat die Regierung unter dem Vorwand der Bekämpfung des Drogenhandels ganze Regionen des Landes militarisiert und den Konflikt eskalieren lassen. Zugleich wurde mit dem Versprühen von Pflanzenvernichtungsmitteln aus der Luft Anbauprodukte vernichtet und dadurch eine Lebensmittelkrise auf dem Land und in der Stadt herbeigeführt.

Aus ihrer eigenen Sicht hat die landesweite Organisation kolumbianischer Indigenas – ONIC – eigene Forderungspunkte im Rahmen der *indigenen, sozialen und gesellschaftlichen Minga für das Leben, das Territorium, die Autonomie und die Souveränität*, erarbeitet. Diese teilen und unterstützen wir und betrachten sie als etwas Eigenes und Verwandtes von dem was im Agrarstreik erarbeitet wurde:

1. **Territorium – Land.** Juristische Sicherheit für die indigenen Territorien und vollständige Ausübung der damit verbundenen Rechte: Bildung, Erweiterung, Sanierung der indigenen Territorien.
2. **Vorherige Volksbefragung über Bergbau- und Energieprojekte wie auch die Extraktion fossiler Brennstoffe.** Direkte Anfechtung vergebener Abbauverträge und Bergbaukonzessionen in indigenen Territorien.
3. **Autonomie und Ausübung eigener Regierungsführung.** Diese begründet sich in der territorialen Autonomie, unserer Kosmvision und der Unabhängigkeit unserer eigenen Regierungsführung.
4. **Freihandelsabkommen und Agrarpolitik.** Anstreben der Aufhebung der Freihandelsabkommen und all jener Normen die unsere Nahrungsmittelsouveränität bedrohen.
5. **Menschenrechte, bewaffneter Konflikt und Frieden.** Versteht die uneingeschränkte Annahme der Deklaration der Menschenrechte der indigenen Bevölkerung, die Demilitarisierung der indigenen Territorien, ein Abrücken der Pläne zur Errichtung politisch-militärischer Sonderzonen und den Respekt der Ausübung territorialer Kontrolle durch eigene, indigene Organisationsformen (guardia indigena).

Wir vom *Congreso de los Pueblos* machen hiermit einen Aufruf an die internationalen Organisationen, sich um die Einhaltung der Menschenrechte zu sorgen und an die lateinamerikanischen Regierungen, die Situation der kolumbianischen Bevölkerung, die seit dem 14. Oktober per Mobilisierung auf den Straßen des Landes aktiv ist, zu beobachten und zu begleiten. Es gibt bereits den Präzedenzfall staatlicher Repression seitens der Regierung des Präsidenten Juan Manuel Santos während des Streiks im vergangenen August bei dem mehr als 600 Personen festgenommen wurden, mehr als 1000 Menschen verletzt wurden und mehrere Menschen ums Leben kamen. Dies geschah im gerechten Kampf der Bevölkerung für einen Verbleib in ihren Territorien. Die Regierung handelte mit einer klaren antidemokratischen Strategie der Verletzung der Menschenrechte.

Wir rufen alle politischen, gewerkschaftlichen, studierenden und im Allgemeinen gesellschaftlichen Organisationen dazu auf diese Aktion zu umringen und aktiv teilzunehmen und dadurch eine Kontinuität zu den am 19. August begonnenen Mobilisierungen zu schaffen, die Einheit und Kraft im Kampf um die Verbesserung der Lebensbedingungen der Kolumbianer und Kolumbianerinnen bedeutet haben.

12. Oktober 2013

Congreso de los Pueblos

Vorschlag für ein Land für ein Leben in Würde